

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

15 (11.4.1947)

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 15

Mannheim, 11. April 1947

Preis 15 Pfg.

Nach langem, hartem Winter zieht ein neuer Mai herauf!

Werktätige in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Zum zweiten Male nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus begeht das schaffende deutsche Volk den 1. Mai als den traditionellen Kampf- und Feiertag der Internationalen sozialistischen Bewegung. Entscheidungen von großer Bedeutung stehen gegenwärtig vor unserem Volke.

Am 1. Mai demonstrieren die Werktätigen

für die Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands

weil sie ohne diese Einheit nicht leben können.

Für die Einheit Deutschlands, um überall in unserem Vaterlande den Nazismus und Militarismus auszumerzen, die Demokratie zu festigen und die größte Not des Volkes zu lindern.

Für die Einheit der Arbeiterbewegung über alle Zonengrenzen hinweg

weil nur sie der Garant der Einheit Deutschlands sein kann.

Für die sofortige Bildung einer deutschen Zentralverwaltung

als ersten Schritt zur Schaffung einer gesamt-deutschen demokratischen Regierung, die allein eine einheitliche Verwaltung in Politik, Wirtschaft und

kulturellem Leben sichern und unser Volk in die Reihen der friedliebenden Völker zurückführen kann.

Heraus zu den Malkundgebungen! Für die alten Forderungen der Arbeiter!

Für einen gesicherten 8-Stundentag!

Für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge!

Für fortschrittliches Tarifrecht!

Für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in der Wirtschaft!

Für die Gleichberechtigung der Frau!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Für die Grundrechte der jungen Generation!

Sammelt euch am 1. Mai zu kraftvollen Kundgebungen gegen die Reaktion!

Fort mit den Erzfeinden des Volkes, den Großgrundbesitzern, Bankiers und Monopolkapitalisten!

Für die Ueberführung der Betriebe der Trusts, Konzerne, Syndikate, Kartelle, in das Eigentum des Volkes!

„Junkerland in Bauernhand!“

Für eine leistungsfähige deutsche Friedensindustrie und einen entwickelten Außenhandel, um der deutschen

Wirtschaft Rohstoffe und dem schaffenden Volke Arbeit und Brot zu sichern.

Für eine gesamt-deutsche Planung der Wirtschaft zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Krisen, zur rationalen Ausnutzung aller Wirtschaftskräfte im Dienste des Volkes!

Werkstätige in Stadt und Land!

Ein neues besseres Leben können wir nur gewinnen, wenn die Einheit der Arbeiterbewegung geschaffen und die Spaltung und der Bruderkampf in unseren Reihen überwunden wird.

Deshalb setzt euch überall ein für einheitliche Maßnahmen der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien und aller fortschrittlichen demokratischen Organisationen.

Bereitet die Schaffung der SED in ganz Deutschland vor,

der Kämpferin für die Einheit der Arbeiterbewegung,

der Partei der Einheit aller Schichten des schaffenden Volkes,

der Partei für den Kampf um die Einheit Deutschlands, um Frieden, um Demokratie und Sozialismus.

Nach langem, hartem Winter zieht ein neuer Mai herauf.

Vorwärts in fester Einheit, damit endlich auch für unser Volk eine bessere Zukunft kommt.

Wilhelm Pieck: Die Reise der SED-Vertreter

Interview im Berliner Rundfunk

Frage: Herr Pieck, wir haben Sie gebeten, unseren Hörern etwas über Ihre Reise zu erzählen, die Sie gemeinsam mit Herrn Otto Grothwohl in der Zeit vom 7. bis 13. März in die amerikanische Besatzungszone unternahmen. Lag ein besonderer Anlaß für diese Reise vor?

Antwort: Der unmittelbare Anlaß war eine Einladung, die wir von dem Landesvorstand der Kommunistischen Partei Hessen zu ihrem Parteitag erhielten, der am 8. und 9. März in Offenbach bei Frankfurt a. M. stattfand.

Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, auch in öffentlichen Kundgebungen in Frankfurt a. M., Stuttgart und München zu der Bevölkerung zu sprechen. Außerdem haben wir in diesen drei Städten die Vertreter der in- und ausländischen Presse zu Pressekonferenzen eingeladen.

Frage: Welchen Eindruck haben Sie über die Auswirkung Ihrer Reise mitgebracht?

Antwort: Einen sehr guten Eindruck. Es kam uns darauf an, unsere Auffassungen, das heißt die Stellungnahme der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den großen Lebensfragen unseres Volkes darzulegen, die besonders durch die Moskauer Friedenskonferenz aufgeworfen sind.

Da ist vor allem die Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die wir durch einen Volksentscheid des ganzen Volkes herbeiführen wollen.

Da ist ferner die Schaffung einer Zentralregierung, die durch eine Verständigung der antifaschistisch-demokratischen Parteien und der freien Gewerkschaften zustandekommen soll.

Wir haben dargelegt, daß es für die Gestaltung der Zukunft unseres Volkes von entscheidender Bedeutung ist, wenn es möglichst bald zu einem erträglichen Friedensvertrag kommt, für dessen Erfüllung die Parteien und Gewerkschaften die Verantwortung übernehmen müssen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Arbeitsgemeinschaft der SED und KPD in den westlichen Besatzungszonen:

Wilhelm Pieck
Otto Grothwohl
Walter Ulbricht
Max Fechner
Erich Gniffke
Franz Dahlem

Max Reimann
Walter Fisch
Otto Niebergall
Kurt Müller
Käthe Kern
EIH Schmitt

Gustav Gundelach
Hans Melcher
Fritz Sperling
Erika Buchmann
Fritz Nikolai

Niedrigster Ernährungsstand erreicht Es muß etwas geschehen!

Nach einer Information des Landwirtschaftsministeriums entsprechen die in der Woche vom 31. 3. — 6. 4. ausgegebenen Lebensmittelmengen einer

täglichen Menge von 851,5 Kalorien.

Damit ist ein Tiefstand erreicht, der die Arbeitskraft der Bevölkerung aufs äußerste gefährdet. Nach den schwierigen Verhältnissen des Winters, der mit Kälte und Hunger zu schweren Schädigungen dieses uns verbliebenen wertvollsten Gutes geführt hat, tritt nun eine Katastrophe ein, welche die Krankenziffern sprunghaft steigen lassen wird, und die jeden wirtschaftlichen Aufbau unmöglich macht. Unterernährung und Hungerkrankheiten werden die unausbleibliche Folge sein!

Mit ernster Sorge um das Wohl der Bevölkerung hat die Kommunistische Partei die Entwicklung der Ernährungslage verfolgt. Es wiederholt sich wie im Vorjahre eine Lage, bei der wir nach dem Verbrauch der durch eine

verfehlte Ernährungspolitik

sowieso schon geringen Eigenerzeugung praktisch in den Frühjahrsmonaten vor dem Nichts stehen. Es bewahrheitet sich, daß die Bedenken, die von unserer Seite gegen die Zwei-zonen-Ernährungswirtschaft vorgebracht wurden, zu recht bestanden. Wenn wir erfahren, daß die Erfüllung der Ablieferungspflicht an Brotgetreide in Württemberg-Baden im Februar bereits bei 90,1 Prozent lag, während sie in Nordrhein-Westfalen nur 66 Prozent betrug, wenn leitende Beamte der britischen Militärregierung zu einer scharfen Kritik an dem Aufbringungs- und Verteilungssystem in der britischen Zone gezwungen sind, und eine englische Zeitung darauf hinweisen muß, daß „ganze Lebensmittelzüge“ auf dem Wege in das Ruhrgebiet verschwunden seien und offen „die Unehrllichkeit, den Egoismus und die Unfähigkeit der verantwortlichen deutschen Beamten anprangert“, dann bestätigt uns das, daß die

Wurzel der Ernährungskatastrophe in den alten Methoden der Reichsnährstandsbürokratie zu suchen

ist. Diese Bürokratie unter der Oberleitung eines Mannes wie Schlange-Schönungen hat es nicht fertig gebracht, den Hunger an der Ruhr zu bannen, aber sie hat es fertig gebracht, auch Süddeutschland dem Hunger auszuliefern. Von 16 Getreideschiffen, die für die US-Zone vorgesehen waren, erreichten nur sieben ihren Bestimmungsort.

Welch eine gemeingefährliche Unfähigkeit und offene Sabotage

liegt darin, daß man der Bevölkerung Süddeutschlands erklärt, daß mit ihrer Erzeugung dem Ruhrgebiet geholfen werden müsse und man nun hört, daß die Fleisch- und Fettmengen gar nicht dort eingetroffen sind. Denn nichts anderes stellt die Erklärung des britischen Oberbefehlshabers fest, der anordnete, daß die Zuckerlieferungen nach Süddeutschland zurückgehalten werden, weil die Lieferungen aus der US-Zone in Westdeutschland nicht eingetroffen seien. Selbst in der US-Zone gibt es einen solchen Zustand, daß zu Ostern in Bayern für Erwach-

sene 6, Kinder 9 und Jugendliche 14 Eier aufgerufen werden konnten, während in Württemberg-Baden nur ein Ei ausgegeben wird.

Die Hungerkatastrophe

erfordert mit zwingender Notwendigkeit, daß neue Methoden angewandt werden müssen, um Not und Elend zu bannen, die sonst derart wachsen werden, daß nicht nur jeder Aufbau unmöglich, sondern auch in der Bevölkerung jedes Vertrauen zur Demokratie schwinden wird. Dem

unheilvollen Wirken der Bürokratie,

die ohne wirkliche demokratische Mitarbeit der bauerlichen Bevölkerung vom grünen Tisch aus Ihre Entscheidung trifft, muß Einhalt geboten werden. Ein Mann wie Schlange-Schönungen, der in Westdeutschland als der Organisator des Hungers angeklagt wird, muß abtreten. Sofort aber müssen Männer aus Gewerkschafts- und Verbraucherkreisen und aus der Bauernschaft mit Vollmachten ausgestattet werden, um mit Hilfe von Ernährungsausschüssen Ordnung in die Ernährungswirtschaft zu bringen.

≡ Alles für die Einheit Deutschlands! ≡

Badische
Landesbibliothek

Die Reise der SED-Vertreter (Fortsetzung von Seite 1)

Im Besonderen kommt es darauf an, daß sich unser Volk durch die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und durch den demokratischen Aufbau seiner Wirtschaft und seiner staatlichen Einrichtungen wieder Achtung und Vertrauen bei den anderen Völkern erwirbt und seinen Platz unter ihnen wieder einnehmen kann.

Frage: Und wie hat die Bevölkerung auf ihre Darlegungen reagiert? Haben Sie deren Zustimmung gefunden?

Antwort: Ja, wir hatten einen großen Erfolg zu verzeichnen. Mit großer Begeisterung wurden unsere Ausführungen aufgenommen. Die Kundgebung auf dem historischen Römerberg in Frankfurt a. M. machte mit ihren über 15 000 Teilnehmern inmitten der Trümmerstätten einen imposanten Eindruck. So auch in Stuttgart und München. So war es auch in Stuttgart und München, wo in jeder dieser Kundgebungen, die in geschlossenen Räumen stattfanden, weit über 8000 Menschen anwesend waren.

Frage: Und wie war es in den Pressekonferenzen? Was waren es für Fragen, die Ihnen von den Vertretern der Presse gestellt wurden?

Antwort: Auch in diesen Konferenzen war die Beteiligung und das Interesse an unseren Darlegungen sehr groß. Wir legten das Hauptgewicht darauf, den Pressevertretern ein möglichst klares Bild über die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage in der sowjetischen Besatzungszone und über die Arbeit der Sozialistischen Einheitspartei zu geben. Darauf waren auch in der Hauptsache die zahlreichen Fragen der Pressevertreter gerichtet.

Es ist bemerkenswert, daß in diesen Fragen sehr die Entstellungen durch die Hetzpresse in der amerikanischen und britischen Zone zum Vorschein kamen. Sie gaben uns die gewünschte Gelegenheit, diese oft ins Absurde gehenden Verleumdungen und Verdächtigungen durch Gegenüberstellung der Tatsachen zu widerlegen.

Frage: Glauben Sie, daß es etwas nutzen wird und zu einer mehr sachlichen Beurteilung der Lage in der sowjetischen Besatzungszone führen wird?

Antwort: Hoffen wir es. Schließlich muß doch die Wahrheit siegen und den Menschen die Augen und Ohren öffnen über die großen Fortschritte, die in der sowjetischen Besatzungszone gegenüber der schweren Lage der werktätigen Bevölkerung in den westlichen Besatzungszonen gemacht werden.

Frage: Was hat es eigentlich mit der Arbeitsgemeinschaft auf sich, die zwischen der Kommunistischen Partei in den westlichen Besatzungszonen und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone abgeschlossen wurde? Welches Ziel wird damit von Ihnen verfolgt?

Antwort: Die Arbeitsgemeinschaft soll die Verständigung der Bevölkerung im Westen und Osten Deutschlands über die Durchführung der großen vor uns stehenden Aufgaben erleichtern und vor allen Dingen dazu beitragen, auch im Westen die Vereinigung der Kommunisten und der Sozialdemokraten in einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland herbeizuführen.

Leider ist bei der Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands noch recht wenig Verständnis für diese Notwendigkeit vorhanden, durch die allein der demokratischen Bewegung für die Entmachtung der Reaktion und den demokratischen Aufbau unserer Wirtschaft und unseres Staatslebens die zuverlässige Führung verschafft werden kann.

Wir haben bei unserer Reise die Erfahrung gemacht, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen durchaus diese Vereinigung anstreben, und wir müssen erwarten, daß dadurch auch die Führung der Partei zu einer Abkehr von ihrer einheitsfeindlichen Stellungnahme kommen wird.

Frage: Welchen Eindruck hatten Sie von der Lage der Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone?

Antwort: Unser Aufenthalt war zu kurz, um sich selbst durch Augenscheinnahme einen Einblick zu verschaffen. Die Auskünfte, die wir auf unsere Fragen erhielten, ließen erkennen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebens- und Bedarfsmitteln und die Entwicklung der Industrie weit hinter der Lage in der sowjetischen Besatzungszone zurückbleiben.

Ins Auge fallen die ungeheuren, durch den Krieg herbeigeführten Zerstörungen, die in den drei Großstädten nicht viel geringer sind als in Berlin. Aber die Aufräumungsarbeiten in den Straßen sind gegenüber Berlin sehr weit im Rückstand. Man sieht nirgends, daß ernstlich gearbeitet wird.

Frage: Gedenken Sie Ihre Reise zu wiederholen und auch in die britische Besatzungszone zu fahren?

Antwort: Ja, das halte ich für sehr notwendig, zumal die vor unserem Volke stehenden Aufgaben dringend eine Lösung fordern. Darum begrüße ich auch sehr die Unterstützung, die unser Bestreben auf Herbeiführung einer gesamtdeutschen Beratung aller Parteien jetzt durch den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Christlich-Sozialen Union gefunden hat.

21. April 1942. Arbeiter Josef Langer, Sandhofen, Jute-Kolonie 13.

Antrag: „Wir stellen deshalb Strafantrag gegen Langer und bitten, ihn schleunigst in Gewahrsam zu nehmen oder einem Arbeitslager zuzuführen.“

27. Mai 1942 - Erfolg:

„Die Geheime Staatspolizei, Außenstelle Mannheim, teilt mit: Langer wurde am 12. Mai 1942 in Schutzhaft genommen und wird auf die Dauer von 56 Tagen in das Arbeitserziehungslager Oberndorf eingewiesen.“

9. Juli 1942 Marie-Luise Storet, geb. 23. August 1921 in Ecaupont (Französin).

Antrag: „Wir beantragen so schnell wie möglich Verbringung in ein Arbeitslager.“

17. Juli 1942 Gabriele Descarpentrice, jugendliche Französin (geb. 13. März 1926).

„Die Genannte wurde auf unseren Antrag mit 10 Tagen Schutzhaft bestraft. Durchschlag an die Geheime Staatspolizei liegt bei.“

4. November 1942 Juliane Tanghe (Französin), geb. 1. Oktober 1923.

Volles Mitbestimmungsrecht der Werktätigen

Auf der Welt aller Welt

- In Paraguay kann sich die Regierung nur noch auf ein Viertel der Armee stützen. Die Bevölkerung sympathisiert mit den Aufständischen. Blutige Unruhen in Smyrna (Türkei) entwickelten sich, als die Polizei gegen eine von 10 000 Personen besuchte Massenkundgebung der Demokratischen Partei einschritt. Mehr als 1000 dänische und andere Nazis halten sich in Island auf, von wo sie auf Gelegenheit zur Einreise nach verschiedenen südamerikanischen Staaten warten. 1 000 000 Tonnen Holz sollen jährlich aus Deutschland nach England ausgeführt werden, so erklärte Staatsminister Hynd im britischen Unterhaus. 400 000 Personen will Oesterreich nach Deutschland abschieben, darunter alle nach 1938 zugezogenen Deutschen, sowie Sudetendeutsche und Nazis. Zu schweren Zusammenstößen kam es in Neu-Delhi. Es gab mehrere Tote.

Dazu wird auch der Vorschlag beitragen, den der sowjetische Außenminister Molotow auf der Moskauer Außenministerkonferenz machte, den Parteien die Möglichkeit zu geben, ihre Tätigkeit ungehindert über ganz Deutschland auszudehnen.

So hoffe ich, daß uns durch eine solche Maßnahme die Möglichkeit gegeben wird, auch in die britische Besatzungszone zu fahren, was uns durch

Jugend will gleichberechtigt sein!

Die jugendlichen Belegschaftsmitglieder der Firma Naturin in Weinheim sehen sich durch die Festsetzung des Wahlalters auf 17 Jahre und der Wählbarkeit zu den Delegierten- und Betriebsratswahlen auf 21 Jahre in ihren demokratischen Rechten geschmälert. Sie sind der Auffassung, daß sie reif genug sind, um an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft mitzureden, waren sie doch reif genug in den Krieg zu ziehen.

Die Jugend fordert: Jeder Jugendliche soll vom Tage seiner Beschäftigung ab wahlberechtigt und mit Vollendung des 18. Lebensjahres wählbar sein.

In jeden Betriebsrat gehört ein Jugendlicher, zum mindesten muß der Obmann der Jugendvertrauensleute mit beratender Stimme zu den Betriebsratsitzungen hinzugezogen werden. Wahl der Jugendvertrauensleute durch die Jugend selbst.

die Entziehung des Einreisevisums unmöglich gemacht wurde. Wir wollen mit unserer Arbeit dem deutschen Volk helfen, aus seiner Not herauszukommen und ein neues demokratisches und friedliches Deutschland aufzubauen. Damit tragen wir auch dazu bei, den Frieden in der Welt zu sichern und friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu den anderen Völkern herzustellen.

Wahl der Vertreter der Jugend in Ortsverwaltungen, Ortskartellen, zu Tagungen und Ausschüssen durch die Jugend bzw. durch die Jugendvertrauensleute.

Die Jugendlichen sind ferner der Auffassung, daß bei der gegenwärtigen Ernährungslage die Höchst Arbeitszeit für Jugendliche nicht mehr als vierzig Stunden betragen darf. Lohnausgleich muß dabei gewährt werden. Für gleiche Arbeit gleichen Lohn. Erweiterung der Schulbildung auf die Jugend in den Betrieben.

Die Jugend muß die vollste Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft finden. Ohne Gleichberechtigung der Jugend keine wirkliche Demokratie. Schulter an Schulter werden Jugendliche und erwachsene Arbeiter für diese berechtigten und im Interesse des gesamten Volkes liegenden Forderungen einsetzen.

„Die Geheime Staatspolizei wird veranlaßt...“

Aus den Dokumenten einer Mannheimer Firma

Die T. wurde auf unseren Antrag mit 56 Tagen Arbeitslager bestraft. Wir bitten Sie, die Angelegenheit der Geheimen Staatspolizei mit dem Ziel zu übergeben, die Tanghe in ein Konzentrationslager zu überführen.“

19. Juli 1943 Hamann Ella, Lampértheim, Wilhelmstraße 68. Kropacz Josefina, Mannheim-Waldhof, Hinterer Riedweg 72.

Antrag: „Die Geheime Staatspolizei wird veranlaßt, beide in ein Arbeitserziehungslager zu überführen.“

Wer ist der Verantwortliche

für diese verbrecherischen Methoden an Deutschen und Ausländern? Nur einen Bruchteil stellen vorstehende erschütternden Auszüge dar, und alle tragen sie die Unterschrift des ehem. Betriebsdirektors

Heinz Edgar Gulden geb. 2. Februar 1894 in Leipzig, von den Vereinigten Jutespinnereien in Mannheim-Waldhof, wohnhaft Mannheim-Sandhofen, Sandhofer Straße 200. Seine politische Vergangenheit ist die des typischen Reaktionärs und

Einpeitschers: 1912 aktiver kaiserlicher Offizier, 1919 Kommandeur mit Schiaffeter im Baltikum, dann Kommandeur einer Freiwilligen Division in den Kämpfen um Leipzig gegen Max Hölz.

Im Dritten Reich neben vielen wirtschaftlichen Aemtern ist er stellvertretender Kreisfachabteilungsleiter für Textil und Schulungsredner der DAF, Ehrenmitglied der Bad. Arbeitskammer und neben seiner zweifelhaften Würde als Betriebsführer noch Betriebsobmann des eigenen Betriebes mit folgendem Qualifikationszeugnis des Hakenkreuzbanners vom 1. 5. 41:

„Auf Grund des vorbildlichen Einsatzes für die nationalsozialistische Idee im Betriebe ist in der Urkunde die Qualifizierung zur Kerntuppe der Bewegung in der Betriebsgemeinschaft bestätigt.“

Wo befindet sich Herr Gulden? Vielleicht im Internierungslager für Naziaktivisten? Weit gefehlt! Herr Gulden erfreut sich immer noch der Freiheit. Kein Haar wurde ihm bisher gekrümmt. Auch die Spruchkammer ließ ihn ungeschoren. Ja, noch mehr. Herr Gulden befindet sich immer noch in seiner Werkwohnung, die sich auf dem Betriebsgelände befindet, sehr zum Aerger und zur Empörung der Belegschaft der Jutespinnerei. Wann finden endlich die Untaten dieses Zutreibers der Gestapo ihre gerechte Sühne?

Ueber die Stadt wurde ein Ausgehverbot verhängt.

Dem amerikanischen Kommunistenführer Foster wurde die Einreise in die amerikanische Zone Deutschlands verweigert.

In Spanien haben kleine, aber aktive Guerillagruppen unter Führung der Kommunistischen Partei in den letzten Wochen ihre Tätigkeit wesentlich verstärkt.

Deutschland Rundschau

30 000 Neulehrer wurden im Jahre 1946 in der Sowjetzone in den Schuldienst übernommen. 1947 sollen weitere 10 000 Neulehrer ausgebildet werden.

320 000 Ruhrbergarbeiter protestierten gegen die Ernährungssaboteure durch einen 24stündigen Streik. Zahlreiche Arbeiter und Angestellte der übrigen Betriebe des Ruhrgebiets beteiligten sich an der Protestaktion. In manchen Orten kam es zu Generalstreiks.

Der ehemalige Wehrwirtschaftsführer v. Witzleben darf lt. einem mit den Stimmen der SPD und SED in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gefaßten Beschluß nicht mehr in seine Stellung im Betrieb zurückkehren.

Die britische Militärregierung findet keinen Grund, um den Spruch der Spandauer Spruchkammer, die v. Witzleben entlastete, abzulehnen.

Schriftsteller Ludwig Renn, durch seinen Roman „Krieg“ weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt, ist nach Berlin zurückgekehrt. 1933 von den Nazis zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, entkam er nach der Schweiz, nahm am spanischen Bürgerkrieg teil, wurde 1939 in Frankreich interniert und floh von dort nach Mexiko, wo er eine Professur annahm.

Von 45 000 gewählten Gewerkschaftsfunktionären in Sachsen gehören 60 Prozent der SED an und 40 Prozent sind partellos. LDP und CDU sind mit je 600 Vertretern aus den Wahlen hervorgegangen. 3500 Funktionäre sind Frauen und 1300 Jugendliche.

Entnazifizierungsminister Kamm fordert Unterstützung und Renten für Nazis!

Die politisch Verfolgten protestieren!

Nach einer Mitteilung, die wir von der Kreisstelle Mosbach der vom Naziregime politisch Verfolgten erhielten, griff der Entnazifizierungsminister Gottlob Kamm, der aus dem leider immer noch schwebenden Verfahren gegen die württembergisch-badischen Landtagsabgeordneten, welche dem Ermächtigungsgesetz zustimmten, in ganz Deutschland unrühmlichst bekannt geworden ist, in einem Referat vor der Spruchkammer die vom Naziregime politisch Verfolgten schwer an.

Die politisch Verfolgten müßten, so mahnte er, vielmehr „pflichtbewußt“ werden und es brauche keiner zu ihm mit einer politischen Registrierkarte kommen, denn er wisse, daß es sich nur um persönlichen Vorteil handle.

Demgegenüber kündigte aber Herr Entnazifizierungsminister Kamm an, daß er bei der Regierung einen Antrag auf Renten und Unterstützung für die Angehörigen der inhaftierten Naziverbrecher stellen werde.

Wir sind nicht in der Lage, den großen offenen Brief an Minister Kamm, um dessen Veröffentlichung uns die Kreisstelle Mosbach der vom Naziregime politisch Verfolgten bittet, in seinem vollen Wortlaut abzudrucken, da unser Format und unsere Auflage zugunsten der sogenannten überparteilichen Presse äußerst beschränkt ist.

Trotzdem wollen wir, da wir die „Überparteilichkeit“ der überparteilichen Presse zu kennen glauben, den elementarsten demokratischen Grundsätzen gemäß soviel als möglich für die Durchsetzung des Grundsatzes der Presse- und Meinungsfreiheit tun und den offenen Brief zumindest auszugsweise an dieser Stelle veröffentlichen.

Offener Brief!

„Wir glauben gerne, Herr Minister,“ so heißt es in dem offenen Brief, „daß es Ihnen unangenehm sein muß, wenn ein politisch Verfolgter zu Ihnen kommt und Ihnen eine Registrierkarte unter die Nase hält; ein Verfolgter, von dem Sie meinen, daß er sich nur persönliche Vorteile verschaffen will und auf dessen Karte Sie keinen Wert legen.“

Und wenn Ihnen, Herr Minister, der Herr Bürgermeister Schwarz von Mosbach zustimmt, so wundern wir uns darüber absolut nicht.

Herr Schwarz braucht sich keine Registrierkarte als politisch Verfolgter zu holen, denn er bekommt keine. Die acht Tage, die er in Haft war, haben ihn nur an seine segensreiche Tätigkeit als Abgeordneter im badischen Landtag erinnert.

Herr Schwarz trug während der Nazizeit, wo er den Geschäftsführer der Obstverwaltung spielte (ein Posten, den kein politisch Verfolgter bekleidete), zum Zeichen seiner nationalen Einstellung das Farbenbändchen seiner im letzten Weltkrieg eroberten Orden.

„Wie die Alten sunen, so zwitschern die Jungen.“ Und die Jungen des Herrn Schwarz haben im Hitlerreich auch schön nationalsozialistisch gewitzchert und Herr Schwarz mit seinen pädagogischen Fähigkeiten war nicht stark genug, um seine zwei Jungen in andere Wege zu leiten. — Darum huldigt auch Herr Schwarz Ihrer so warm empfohlenen Toleranz, Herr Minister.“

„Weshalb werden zu den Spruchkammern nicht die politisch Verfolgten herangezogen? Wie ist es möglich, Herr Minister, daß Landgerichtsräte, die dem Dritten Reich als Untersuchungsrichter gedient haben, heute noch den Landgerichtspräsidenten und den Berufungskammer-Vorsitzenden spielen können?“

„Wer im Dritten Reich das Recht verweigert hat, kann kein Richter der Demokratie werden! Ein warnendes Beispiel, wie es sich auswirken kann, wenn ein Richter, der dem Nazismus gedient hat, heute wieder Recht sprechen darf, gibt uns der Mordprozeß um den Erzbergermörder, der mit 15 Jahren Zuchthaus davon kam und in dem ein ehemaliger Landgerichtsrat in Mosbach als Gerichtsvorsitzender amtierte, der in der französischen Zone untergetaucht ist. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Säuberung der Justiz.“

„In Ihren weiteren Ausführungen, Herr Minister, nahmen Sie die Militaristen in den Schutz Ihrer ministeriellen Gnaden und vertraten die Ansicht, daß derjenige kein Militarist ist,

politisch Verfolgten fordern Sie Pflichtbewußtsein anstatt ihren Ausweis, und für die Nazis fordern Sie Unterstützung und Rente! ... Unser Kompliment, Herr Minister!“

„Wir können es verstehen, daß es Ihnen lieber ist, wenn ein Nazi, der in die Partei „hineingeschlagen“ wurde, zu Ihnen kommt mit seinem Mitgliedsbuch und seinem Parteiabzeichen und Ihnen die Tränen seiner Unschuld zu Füßen rollen läßt.“

Nachdem Sie uns selbst gesagt, daß Sie sich einem Gestapobeamten gegenüber zum positiven Nationalsozialismus bekannt haben, können wir Sie voll und ganz verstehen.“

„Was haben Sie doch gesagt, Herr Minister? „Wer gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat, ist heute nicht mehr am Leben.“ Und damit wollen Sie wieder die politisch Verfolgten treffen, die der Hölle entronnen, von den alliierten Armeen befreit, dem Leben wieder zurückgegeben wurden. Nach Ihrer Meinung also, Herr Minister, haben nur die gegen den Nazismus gekämpft, die getötet wurden.“

Ohne einheitliche politische Führung der Arbeiterbewegung Deutschlands

ist die Lösung der geschichtlichen Aufgaben, die vor unserem Volke stehen, nicht möglich. Als erster Schritt zur Einheit und zur Schaffung der SED in Gesamtdeutschland wurde die Arbeitsgemeinschaft SED - KPD geschaffen. In diesen Tagen und Wochen nehmen alle Orts- und Betriebsgruppen der KPD Stellung zu der Frage einer baldigen Verschmelzung mit der SED.

Die KPD hat sich zu den Grundsätzen und Zielen der SED

als Grundlage ihrer Politik bekannt, und diese Grundsätze und Ziele werden von allen Parteieinheiten eingehend besprochen und diskutiert. Die Schlussfolgerungen zu den Beschlüssen der Parteieinheiten wird am

19. und 20. April

der

Bezirksparteitag

der Kommunistischen Partei Deutschlands

Landesbezirk Baden,

in Mannheim ziehen.

der sein Vaterland verteidige. Daß Sie damit den Beifall aller Zwölfender und Kommisstiefel fanden, die heute wieder die ganzen Aemter bevölkern, mag zu Ihrer besonderen Ehre reichen.“

„Gegen wen müßten denn die deutschen Militaristen, die den besonderen Vorzug ihres so sehr geliebten Führers hatten, keine Parteigenossen und Beitragszahler sein zu müssen, ihr Vaterland verteidigen, Herr Verteidigungsminister Kamm?“

Vielleicht gegen die Millionen Juden, die man in die Gaskammern und Verbrennungsöfen hineingejagt hatte?

„Und Sie, Herr Minister, Sie fordern für die Angehörigen der Blutsäufer und Schuldbeladenen eine Rente und Unterstützung und wagen es, diesen Gedanken auszusprechen? Für die

Die Toten in Ehren, aber auch die, die heute noch unter uns weilen, die das Glück hatten, davonzukommen und die den Mut aufgebracht haben, dem Pesthauch der Menschheit zu begegnen, allerdings nicht mit dem Gelöbniß, wie Sie es dem Gestapobeamten gegenüber abgelegt haben.“

Herr Minister, Ihre Worte waren eine Beleidigung und eine Herausforderung der politisch Verfolgten.

Treten Sie ab von der Bildfläche!

Für die politisch Verfolgten und Antifaschisten des Kreises Mosbach:

Kreisstelle Mosbach der vom Naziregime politisch Verfolgten“

Mit dem politisch Verfolgten des Naziregimes erheben alle Antifaschisten schärfsten Protest gegen solche Worte und gegen eine solche Einstellung.

Gedenktage DER WOCHE

- 10. 4. 1922 Konferenz von Genua. Sowjetrußland schlägt allgemeine Abrüstung vor.
- 1907 Ign. Auer, soz. Arbeiterführer, gestorben
- 11. 4. 1825 Ferd. Lassalle, Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, geboren.
- 12. 4. 1945 Franklin D. Roosevelt gest.
- 13. 4. 1945 Rote Armee befreit Wien vom Hitlerjoch.
- 1598 Edikt von Nantes bestimmt Freiheit der Religionsausübung in Frankreich.
- 14. 4. 1945 Ernst Grube, Arbeiterführer, im KZ ermordet.
- 1931 Spanien wird Republik.
- 1916 Internationale soz. Konferenz von Kienthal.
- 1759 Gg. Friedrich Händel, Komponist, gestorben.
- 15. 4. 1888 Josef Dietzgen, Arbeiterphil., gestorben.
- 1832 Wilh. Busch, Humorist, geb.
- 16. 4. 1922 Vertrag von Rapallo zwischen der Sowjetunion und Deutschland.
- 1886 Ernst Thälmann geboren.
- 1828 Francisco de Goya, span. Maler, gestorben.

Grüß aus dem Kriegsgefangenenlager!

Der Kommunistischen Partei Rheinau ging folgender Brief aus einem Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion zu:

„Habe heute meine Bestätigung der Parteizugehörigkeit zur KPD erhalten. Spreche Euch, liebe Genossen, meinen Dank für Eure Bemühungen aus Glaube doch, daß ich bald wieder in Eurer Mitte sein werde und für ein freies sozialistisches Deutschland mitarbeiten kann. In sozialer Hinsicht ist dank der sowjetischen Lagerleitung für uns Kriegsgefangene voll und ganz Rechnung getragen. Nachrichten hören wir jeden Abend durch den Rundfunk. Zeitungen und Bibliothek stehen uns zur Verfügung. Persönlich geht es mir gut, aber ich freue mich doch auf eine baldige Rückkehr in die Heimat. Seid herzlich begrüßt von Eurem Otto Schlang.“

Alle unsere Freunde und Leser fordern wir auf, für ihre noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen die „Badische Volksstimme“ zu abonnieren und uns deren genaue Anschrift mitzuteilen.

Die Konferenz der Kommunistischen Partei, Kreis Karlsruhe, nahm mit großer Entrüstung Kenntnis von der Meldung, wonach in den Kellerräumen eines Berliner Postamtes über 1 Million Kriegsgefangenenpost aus der Sowjetunion versteckt waren. Millionen Angehöriger deutscher Kriegsgefangener warten schon seit Jahren mit Kummer und Sorge auf Nachricht von ihren Vätern und Söhnen. Die Delegierten sind der Auffassung, daß es sich um ein politisches Verbrechen in der Absicht der Stimmungsmache gegen die Sowjetunion handelt. Sie verlangen, daß die Schuldigen festgestellt und bestraft werden.

Politisch Verfolgte

welche über den ehemaligen Gestapobeamten Michel Angaben machen können, werden aufgefordert, dieselben schriftlich bei der Betreuungsstelle für politisch Verfolgte in Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19, einzureichen.

Unteilbare Republik



Mich beschäftigt alle Tage Jahrelang schon diese Frage: Woher kommt nur unser Pech Und wer zahlt die teure Zech?

Eine Menge Bürokraten Herrschte in den Einzelstaaten. Und die deutsche Reaktion Hatte den Gewinn davon.

Jeder deutsche Eigenbrödel Fraß in Ruhe seine Knödel, Und den Sach'n ließ es kalt. Wie es ging im Odenwald.

Ich gedenk der schönen Zeiten, Dutzende von Obrigkeiten Hatte unser Vaterland. Jede war von Gott gesandt.

Diese dunkeln Elemente Reiben sich bereits die Hände, Geben ihre Meinung kund: Für den föderativen Bund.

„Einheit“ ruft es aus den Massen, „Einheit“ schallt's durch alle Gassen. Aus Büro und aus Fabrik: „Unteilbare Republik!“

Monitor

2 Millionen Mitglieder zählt die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD

Der Mitgliederstand der SED hat sich im Monat Januar um weitere 21 355 neu eingetretene Mitglieder erhöht und betrug am 1. Februar 1 689 792. Die KPD meldete am 31. Dezember einen Mitgliederstand von 292 000. Zusammen sind dies 1 981 792. Heute ist die Zahl von 2 Millionen Mitgliedern beider Parteien überschritten.

Die neue sozialistische Arbeitsgemeinschaft tritt also als eine mächtige Kraft auf, wie es sie in dieser Zusammenballung politisch organisierter Sozialisten bisher in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung noch nicht gegeben hat. Auf ihrer Fahne steht der Kampf um die nationale Einheit Deutschlands und um die Herstellung der vollen Einheit der sozialistischen Bewegung.

Unter der Lupe

Mannheim 10 Lastwagen gehörtete Haushaltwaren

wurden dieser Tage bei der Firma Wilhelm Gumpel, Mannheim-Feudenheim, beschlagnahmt und durch die Staatsanwaltschaft abtransportiert. Wie so viele, hat auch Herr Gumpel der Bevölkerung immer wieder mitgeteilt, er besitze keine Ware und nun stellt sich heraus, daß er Haushaltsartikel, weiße Küchenherde, Waschbretter, Gartenbaugeräte und vieles andere schon seit langer Zeit bei sich aufstapelt und es der Bevölkerung vorenthält.

Wir verlangen, daß nicht nur in diesem Falle eine angemessene Bestrafung, verbunden mit Entzug der Gewerbeberechtigung erfolgt, sondern daß auch systematisch daran gegangen wird, alle gehorteten Warenbestände zu erfassen und der Bevölkerung zuzuführen.

Weinheim

Mehr Obst

Der Stadtrat hat auf einen kommunistischen Antrag hin beschlossen, alle noch nicht bepflanzten Feldwege, Gräben, Uferböschungen und geeignete Straßen mit Obstbäumen zu bepflanzen. Innerhalb von 5 Jahren sollen 4-6000 Bäume angepflanzt und dadurch der städtische Bestand an Obstbäumen auf 8-10 000 erhöht werden.

Die Kommunisten schlagen vor, daß dieses Obst nicht, wie bisher, versteigert wird, sondern daß es durch die Stadt gekauft und an die Bevölkerung gleichmäßig verteilt wird.

Omnibusfahrpreise sind zu hoch

Die Vertrauensmänner der Lederwerke Feudenberg brachten in einer Entscheidung zum Ausdruck, daß die Fahrpreise der Omnibusverbindungen zu hoch sind. Sie verlangen Festsetzung der Fahrpreise in einer Höhe, die für die Arbeiterschaft tragbar ist.

Karlsruhe

Ist das Aufbau?

In unserer Nr. 5 berichteten wir über die Unzweckmäßigkeit der Aufbaumaßnahmen in Karlsruhe. Hierzu gab der 1. Bürgermeister, Herr Heurich, am 8. März in der Badischen Neuesten Nachrichten eine Antwort mit dem Untertitel: „Eine Richtigstellung falscher Behauptungen“. Er führt die Anzahl der im Jahre 1947 instand gesetzten Wohnungen auf und fährt fort:

„Es ist also nicht so, daß nur Kirchen, Kinos, Kaffees und Geschäftshäuser in großzügiger Weise aufgebaut worden sind.“

Wir stellen also fest, daß unsere Ausführungen doch richtig waren. Wieviel leichtbeschädigte Häuser und Wohnungen hätte man mit dem für die obengenannten Gebäude gebrauchten Materialen bezugsfähig machen können.

Von besonderem Interesse jedoch ist, daß Herr Heurich, Bürgermeister und Vorsitzender der Landtagsfraktion der CDU, den Schwarzhandel mit Baustoffen gut heißt, indem er schreibt:

Kommunisten fordern Zulassung des Hybriden-Anbaues

In der Sitzung des württembergisch-badischen Landtages vom 2. April 1947, stand eine „große Anfrage“ der kommunistischen Fraktion zur Aussprache, dieselbe lautete:

Große Anfrage.

Ist dem Herrn Minister für Landwirtschaft und Ernährung bekannt, daß in den letzten Wochen in mehreren Orten die noch vorhandenen Hybridenreben gegen den Willen der Besitzer beseitigt wurden?

Ist der Minister bereit, Anweisungen zu geben, daß diese Ausrodungen eingestellt werden?

Kann der Minister dem Landtag die Unterlagen für eine Neuregelung der Hybridenfrage unterbreiten, die sowohl den Interessen der Edelweinsbauer als auch den Interessen der Hybridenbauer gerecht wird?

Begründung.

Der Kampf um den Hybridenanbau in Deutschland ist seit dem Anbauverbot im Jahre 1904 nie zur Ruhe gekommen. In den Edelweinsgebieten befürchten die Weingärtner mit Recht eine Beeinträchtigung ihrer Erzeugnisse durch die minderwertigen, aber ertragreicheren Hybriden. Dagegen dürften die Befürchtungen, daß die Hybriden eine Brutstätte der Reblaus sind, durch die Erfahrungen in

anderen Ländern widerlegt sein. Dasselbe kann über die angeblich gesundheitsschädliche Wirkung des Hybridenweines gesagt werden.

Nach diesen Erfahrungen erscheint eine Neuregelung der Hybridenfrage für geboten. Es ist vor allen Dingen nicht angängig, wenn in der Zeit der schwersten Ernährungs Krise die noch vorhandenen ertragreichen Hybriden ausgerodet und dadurch viele Kleinbauern und Arbeiter um ihren Hausrunk gebracht werden.

gez. Leibbrand, Schätzle, Schreck, Ritter, Frühschütz, Kohl.

Unsere Leser erwarten:

Beseitigung des Anbau-Verbots

In unserer Nummer vom 27. März 1947 hatten wir auf einen Artikel des Württembergischen Wochenblattes für die Landwirtschaft aufmerksam gemacht, in dem behauptet wurde, daß der Hybriden-(Amerikaner-)Wein wegen hohem Gehalt an giftigem Amylalkohol wenig bekömmlich sei und daß die Hybridenrebe die Verbreitung der Reblaus begünstige.

Zu diesen Behauptungen erhielten wir eine Reihe Leserbriefe, die wir hiermit auszugsweise veröffentlichen, in denen drastisch zum Ausdruck kommt, wie das Volk über diese Frage denkt.

Ich hatte mir nach dem Weltkrieg 1914-1918 einen Weinberg angelegt, und da ich als Arbeiter im Geschäft sein mußte und nicht immer die Zeit zum Spritzen hatte, legte ich mir Hybriden an. Die Reben gediehen herrlich und ich hatte 16 Jahre lang meinen guten auskömmlichen Hausrunk. Wir waren alle froh und fühlten uns glücklich über unseren eigenen Wein...

Als ich gestern den Artikel las „Sind Hybriden giftig“, da schlug das Gift jedenfalls um mich und mich packte die Wut wie damals, als ich meine Hybriden heraushauen mußte. Wenn ich so

Molotow verlangt Bodenreform

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz verlangte Molotow, daß die Bodenreform im Laufe des Jahres 1947 beendet werden solle, so daß das den Junkern gehörende Land den Bauern übergeben wird, um die landwirtschaftliche Erzeugung Deutschlands zu vermehren.

So wird der Bauer geprellt

Aus Gochsheim, Kreis Bruchsal, teilt uns ein Bauer folgenden Fall mit, der wieder einmal zeigt, wie der Zwischenschhandel auf Kosten der Bauern und der Verbraucher sich bereichert. Der Bauer bekommt für seine abgelieferte Ware einen minimalen Preis, der Verbraucher muß Höchstpreise bezahlen.

Besagter Bauer aus Gochsheim lieferte eine Kuh ab, die vom Viehwirtschaftsverband abgeholt wurde. Die Rechnung lautete:

Verkaufsgewicht 505 kg
à RM 0,56 -- RM 282,80
für Transport RM 10.--, sonstige Spesen RM 12,37 -- RM 22,37

auszahlender Betrag == RM 300,43

Der Bauer verlangte von der Schlachtviehverwertungsstelle Bruchsal am 3. Februar darüber Bescheid: 1. Welcher Vertreter der Landwirtschaft bei der Taxierung der Kuh anwesend war. 2. Ob der Metzgermeister D. in Bruchsal, der die Kuh erworben hat, das Fleisch nun für RM 0,60 bis RM 0,70 per Pfund oder für RM 1,20 per Pfund verkauft hat.

Am 10. Februar wurde dem Bauern mitgeteilt, daß durch Erkrankung des

Dienststellenleiters die Erledigung seiner Anfrage sich um einige Tage verzögern wird. Damit war die Angelegenheit für die Dienststelle erledigt und der Bauer wartet noch immer geduldig bis es den Herren einfallen sollte, einmal zu antworten.

Wieviel muß ich, so schreibt uns der Bauer, nun zulegen, um wieder ein Stück Vieh bei einem angeschlossenen Händler kaufen zu können. Wahrscheinlich muß ich vor den erhaltenen Preis gerade die Zahl 1 einsetzen, so daß ich zu den erstatteten RM 260.-- noch rund RM 1000.-- zulegen muß.

Hat der Viehwirtschaftsverband die Aufgabe, den Bauern etwas um seinen „Geldüberhang“ zu erleichtern? Es wird doch immer davon gesprochen, daß die Differenz zwischen Nutz- und Schlachtvieh keine große sei und sich nahezu ausgleicht. Jedenfalls trifft es nicht zu, daß der Bauer, wie es ihm immer vorgeworfen wird, eine Geldentwertung befürchte, und dadurch sein Vieh zurückhalte.

Daß hierdurch eine große Unzufriedenheit Platz gegriffen hat und die Abgabepflicht darunter außerordentlich leidet, liegt auf der Hand.

„Wenn aber der eine oder andere Baustoff die Möglichkeit hat, aus anderen Zonen Baustoffe hereinzuholen, so bedeuten diese einen Zuwachs für die Stadt und wir haben keinen Grund, dies zu verhindern.“

Es fällt uns besonders auf, daß Herr Heurich scheinbar sehr gut über die Wege informiert ist, die der illegale Handel mit Baustoffen geht. Er wird sich auch darüber im klaren sein, daß Mangelwaren als Kompensation aus Karlsruhe hinausgehen und somit der Bevölkerung entzogen werden. Die Tendenz dieser Einstellung wäre, daß auch der Schwarzhandel mit anderen Sachen unter derselben Begründung geduldet werden müßte. Vielleicht hat Herr Heurich auch schon davon gehört, daß Baumaterial auch den umgekehrten Weg geht und viele Landgemeinden mehr Neubauten erstellen, als es in normalen Zeiten der Fall war. Weiter fällt uns auf, daß es nach

seiner Darstellung sehr viele Bauteile gibt, die nur mit „zuschüsslichem“ Material gebaut werden können. Ueberrascht sind wir allerdings, daß auch die Kirchenreparaturen zu 90 Proz. aus dem Schwarzmarkt versorgt werden. Ob der Aufbau des Kinos Kurbel und seine vollständige großartige Holztafelung auch auf „legalem“ Weg vor sich ging? Wäre es nicht richtiger gewesen, die tausende Fenster in beschädigten Wohnungen zu verglasen, ehe man die Reithalle in der Herzstraße mit diesem Glas bedenkt? Wer gibt die Baugenehmigung für solche Vorhaben, die nur mit Material vom Schwarzmarkt ausgeführt werden können?

Herr Heurich schreibt weiter: „Es bedarf daher sicher nicht erst der Attacke einer Parteileitung oder anderer Briefe, um planmäßige Reparaturen von Wohnhäusern vorzunehmen.“ Kann man wirklich bei den geschil-

Antwort.

Ernährungsminister Stoß beantwortete die große Anfrage und erklärte, daß er die Angelegenheit von der sozialen Seite her noch einmal prüfen wolle. Er bittet um Angabe solcher Gemeinden, in denen die Hybridenreben beseitigt wurden.

Wir fordern unsere Leser auf, überall dort, wo Hybridenreben herausgehauen werden mußten oder wo dies verlangt wird, uns darüber sofort zu berichten.

darüber nachdenke, wie uns die Hitlerbanditen 1940-41 um unsere Weinberge gebracht haben...

Zuerst war es die Reblaus, die an den Wurzeln der Hybriden ihr Unwesen treiben sollte. Da aber selbst die Rebmuttergärtner auf Hybridenunterlage ihre Edelreifer propften und so der Schwindel offensichtlich wurde, da bekam auf einmal die Reblaus Flügel und war nicht mehr an den Wurzeln, sondern oben auf den Blättern zu suchen.

V. M., Hemsbach

Wenn wir heute von Hybriden reden, dann denken wir an die gute Zeit zurück, da diese Rebe der Stolz jedes Kleingärtners war. Wir denken aber auch noch mit Schmerz daran, als eines Tages eine Kontrolle von zwei bis drei Mann durch die Gärten ging und mit kalter Hand die Rebstöcke abgeschnitten hat. Im Nazistaat durfte sich niemand widersetzen. Die Reblaus wurde vorgetäuscht. Die Rebstöcke sind uns abgeschnitten worden, wo noch keine Gefahr von der Reblaus zu sehen war. Wozu hat man denn die Bekämpfungsmittel?

Ich bin der Auffassung, daß der Schreiber garnicht genau den Hybridenwein kennt oder er hat aus Angst vor der Anpflanzung selbst schon so einen Hybridenrappl.

Ich mache darauf aufmerksam, daß in unserer Gemarkung Erlingen ca. 30 ha Rebgelände so gut wie brach liegt, weil wir keine Möglichkeit haben, auf diesem Gelände mit einem Pflug zu arbeiten. Dieses Gelände war früher restlos mit Hybriden bepflanzt. E. E., Erlingen

Mit der geplanten Aktion ihrer Landtagsfraktion erwerben sie sich große Gunst bei vielen Bauern und Kleingärtnern. Hoffen wir, daß dieser Anregung Erfolg beschieden ist.

An Holz und Laub waren nie Krankheiten zu bemerken, also propagierten interessierte Kreise, die Krankheit blide sich am Wurzelstock. Gleichzeitg wurden aber auf Hybridenunterlage veredelte Reben zum Anbau angeboten.

Erst dem Nazismus blieb es vorbehalten, diese herrlichen Weinberganlagen mit Stumpf und Stiel zu vernichten, um einer Reblausgefahr vorzubeugen, die aus durchsichtigen Gründen mehr in den Gehirnen des Weingroßhandels spukte, wie bei der Amerikanerrebe.

Es muß daher gefordert werden, daß das Anbauverbot der Amerikanerrebe nur auf Qualitätsweingebiete beschränkt bleibt.

Das ganze Landvolk hat Interesse, daß das Gesetz aufgehoben und die Rebe zur Anpflanzung freigegeben wird.

Über den giftigen Amylalkohol habe ich noch keine Beschwerden gehört. Das eine steht fest, wenn der Wein im Übermaß getrunken wird, ist er schädlich, mag er heißen wie er will.

Ich verlange für das Wohl des Volkes, daß alle Parteien alles daran setzen müssen, daß das Verbot aufgehoben wird. K. R., Gärtner, Lützelachsen

derten Zuständen bei der planmäßigen Inrechnungstellung des Schwarzhandels von Planmäßigkeit reden? Wir haben stets gefordert, den Schwarzhandel rücksichtslos auszuschalten und alle Baustoffe restlos zu erfassen. Die Zuteilungen und die Baugenehmigungen müssen sich nach dem Grad des Schadens und des dadurch wieder gewonnenen Wohnraums richten. Weiter muß der Einsatz der Handwerker nach diesen Grundsätzen erfolgen, so daß ein Bauvorhaben nicht mehr von den Beziehungen und der Kompensationsfähigkeit des Bauherrn abhängt.

Dies, Herr Bürgermeister, unsere Antwort auf Ihre Erwiderung!

Herausgegeben von der Landesbeiratsleitung Baden der KPD Mannheim. S. 3 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber Mannheim. S. 3 10. Tel. Nr. 432 90. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei Mannheim. R. L. 4-6. - Authorized by Military Government for Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

Für Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland